

Um Ihnen ein besseres Nutzererlebnis zu bieten, verwenden wir Cookies. Durch Nutzung unserer Dienste stimmen Sie unserer Verwendung von Cookies zu. [Weitere Informationen](#)

Ok

☰ MENÜ



🏠 - Region - Main-Taunus - **Viele Flüchtlinge im Main-Taunus-Kreis haben Arbeit**



Foto: dpa © Jens Kalaene (dpa-Zentralbild)



Aktualisiert am: 12.06.18 - 03:30

BILANZ

Viele Flüchtlinge im Main-Taunus-Kreis haben Arbeit



von Dirk Müller-Kästner ▾

So vielen Menschen wie noch nie seit er für die Betreuung von Langzeitarbeitslosen zuständig ist, hat der Main-Taunus-Kreis im vergangenen Jahr eine Arbeitsstelle vermittelt. Der jüngste Eingliederungsbericht stellt nicht nur den zuständigen

- Anzeige -

Kreisbeigeordneten Johannes Baron zufrieden.

2664 Personen haben im vergangenen Jahr mit Hilfe des Kreises eine Vollzeit- (1094) oder eine Teilzeitstelle (711) oder einen sogenannten Minijob (859) bekommen. Der größte Teil von ihnen für längere Zeit; sieben von zehn Vermittelten haben, so Baron, ihre Stelle auch nach mehr als einem Jahr noch. Dieses „sehr gute Ergebnis“ erfülle ihn „mit Stolz und Anerkennung“, so Kreisbeigeordneter Johannes Baron in Richtung der 140 Mitarbeiter des Kommunalen Jobcenters.

Anzeige

Nr. 1 Trick bei di

Frauen lieben diese:

Magazin der Gesundheit

- Anzeige -

2
TOLLE
DINGE

Danach nur €9,99/Monat.
Nur für Nutzer, die Premium noch nicht getestet

Ganz vorne sitzen.

30
Pre

Als vor einigen Jahren die Flüchtlingswelle stieg, sei mit „explodierenden“ Zahlen gerechnet worden. Die Befürchtungen hätten sich nicht bewahrheitet. Das gute Ergebnis sei auch möglich geworden, weil das Jobcenter wieder gut aufgestellt sei. „Im Dezember 2017 konnten wir nach über zwei Jahren wieder einmal die Besetzung aller Planstellen vermelden“, so Sozialamtsleiter Joachim Werle.

Er rechnet zwar auch für die Zukunft wegen des „sehr anstrengenden Beratungs- und Betreuungsauftrags“ mit einer gewissen Personalfuktuation im Amt. Mit der neuen Strategie zur Personalgewinnung und -bildung seien Probleme wie es sie in der Vergangenheit gab, als es innerhalb von zwei Jahren mehr als 50 Personalwechsel gab, aber nicht zu erwarten.

11 000 Menschen wurden vom Kommunalen Jobcenter im vergangenen Jahr betreut; darunter auch viele Kinder und andere Familienangehörige, die keine Vermittlungsansprüche haben. Dass viele der Anspruchsberechtigten eine neue Arbeitsstelle gefunden haben, führen Baron und Werle zum Beispiel auf mittlerweile 32 verschiedene Förderprogramme zurück, mit denen die Menschen auf ihren neuen Arbeitsplatz vorbereitet werden. Dazu zählen Hilfen für die außerbetriebliche Ausbildung benachteiligter Jugendlicher oder für die duale Ausbildung von Kindern aus Familien von Sozialleistungs-Beziehern.

Außerdem stünden Arbeits- wie Sprachvermittlung auf einer Stufe. Es sei nicht nötig, dass die Menschen sofort perfekt die Grammatik beherrschen. Sie müssten vielmehr wissen, wie zum Beispiel Säge oder Hammer genannt werden oder eine Sicherheitsbelehrung im Betrieb verstehen. Für die Verknüpfung von Arbeit und Sprache wurde vergangenes Jahr ein Modellprojekt gestartet.

Die meisten in den Arbeitsmarkt vermittelten Menschen sind Flüchtlinge; aber lange nicht alle. Bei vielen Leistungsempfängern, auch vielen deutschen, fehle die nötige Schul- und Berufsausbildung. Oft sprächen persönliche Gründe gegen eine unkomplizierte Arbeitsaufnahme. Die Arbeitssuchenden müssten zudem, so weit es geht, an die „Arbeitswelt 4.0“ herangeführt werden. Nicht nur die digitalen Fähigkeiten ganz niedrig Qualifizierter müssten gestärkt werden.

Die Kosten für die Leistungen des Amtes für Arbeit und Soziales bei der Arbeitsvermittlung trägt überwiegend der Bund: mehr als 70 Millionen Euro. Dazu gibt es wenige Millionen vom Land, der Kreis hat vergangenes Jahr für Arbeitsmarktmaßnahmen 0,47 Millionen Euro bereitgestellt.

Zur Deckung der Verwaltungskosten habe der Kreis erneut einen erheblichen Anteil der Eingliederungsmittel umgeschichtet. Der Appell von Joachim Werle an den Bund: „endlich wieder für auskömmliche Sach- und Verwaltungskosten sorgen“. Ohne die passende finanzielle Ausstattung könne die Arbeit für Langzeitarbeitslose von kommunaler Seite her nicht adäquat geleistet werden.

Mit Interesse blickt Johannes Baron zudem nach Berlin, wo die Bundesregierung Möglichkeiten für die Etablierung eines „Sozialen Arbeitsmarkts“ schaffen wolle. Der MTK werde dies positiv begleiten.